



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/24255, 18/25353

Bericht über Raubkunst und Provenienzforschung in Bayern und Deutschland

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis spätestens Ende des Jahres zu berichten,

- wie und in welchem Umfang die staatlichen Museen und Sammlungen in Bayern die Washingtoner Erklärung und die Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe verfolgungsbedingten entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz (Gemeinsame Erklärung) im Hinblick auf die Unterstützung der Suche nach NS-verfolgt entzogenem Kulturgut umsetzen und welche zentralen Anlaufstellen und Ansprechpartner für Erben von geraubten Kulturgütern in Bayern und Deutschland zur Verfügung stehen,
- wie sich derzeit der Sachstand bezüglich der Überlegungen des Bundes für eine gesetzliche Regelung zur erleichterten Durchsetzung von Ansprüchen auf Rückgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut darstellt,

und bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die entsprechenden Überlegungen zügig umgesetzt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident